

Maßnahmen zur Verhaltensänderung für Energieeinsparung und Klimaschutz im Kreis Stormarn

Kreis Stormarn

Der Kreis Stormarn hat sich bereits 1995 durch verschiedene Maßnahmen zum Klimaschutz verpflichtet: Beitritt zum Klima-Bündnis, Einrichtung einer Klimaschutz-Leitstelle in der Kreisverwaltung und Erarbeitung des ersten Klimaschutz-Programms für den Kreis 1996, dem weitere 2002 und 2009 folgten. Das Programm enthält eine umfassende Bestandsaufnahme der Handlungsmöglichkeiten und ihrer jeweiligen Klimawirksamkeit. Die wesentlichen Stellschrauben für die CO₂-Minderung liegen demnach bei den erneuerbaren Energien, der Energieeffizienz der Gebäude und dem Verhalten sowie den Verkehrsgewohnheiten im Kreis. Betont werden hier die Maßnahmen ohne Investitionskosten wie Einführung eines Jobtickets für Mitarbeiter der Kreisverwaltung, energiesparendes Mitarbeiterverhalten, aber auch viele unterschiedliche Informationsveranstaltungen für die Mitarbeiter und Bürger des Kreises. Darüber hinaus sollen nach Möglichkeit Objekt-BHKWs in nicht fernwärmeversorgten Gebieten sowie PV-Anlagen auf Kreisgebäuden installiert werden, da sie auch Erträge erzielen. Ein fortlaufendes Controlling der kreiseigenen Liegenschaften, deren Energiewerte sämtlich im Bericht aufgeführt sind, soll ebenso geschehen. Die CO₂-Emissionsminderung 1987-2007 betrug rund 28%, weitere Einsparungen bei Strom und Wärme im Zuge der geplanten Maßnahmen von je 15% werden erwartet. Das Programm ist langfristig und breit angelegt. Es umfasst alle Fachbereiche der Kreisverwaltung sowie Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit mit Akteuren im Kreis. Es lässt sich leicht auf andere Kommunen/Verwaltungen mit Fachpersonal übertragen.



Landrat Klaus Plöger, Isa Reher, Fachbereich Umwelt, Klimaschutz und Umweltinformation (v.l.)

Projektzeitraum: seit Nov. 1996

Juryurteil

Beeindruckend sind der lange Atem und die Beharrlichkeit, mit der der Kreis erfolgreich Klimaschutz betreibt. Dies gelingt mit Hilfe von Maßnahmen zur Verhaltensänderung sowie durch regelmäßige Dokumentation und Kontrolle der Aktivitäten. So fällt die Übertragung auf andere Kommunen leicht.